

Erklärung von Leo Tindemans (7. Januar 1976)

Quelle: Bulletin der Europäischen Gemeinschaften. Dezember 1975, n° 12. Luxemburg: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften. "Erklärung von Leo Tindemans", p. 5-8.

Urheberrecht: (c) Europäische Union

URL: http://www.cvce.eu/obj/erklarung_von_leo_tindemans_7_januar_1976-de-d8c13997-f999-492c-bd2c-f2947bod9a9b.html

Publication date: 14/02/2017



Erklärung von Leo Tindemans (7. Januar 1976)

Fast alle meine Gesprächspartner haben mir bestätigt, daß für ihre Länder eine bessere Zukunft nur denkbar sei auf dem Weg über den Aufbau Europas; gleichzeitig aber ist die Öffentlichkeit verunsichert und skeptisch, weil es an konkreten Leistungen und am politischen Willen fehlt.

Als Politiker weiß ich, daß man Unruhe und Skepsis nicht durch juristische Konstruktionen oder Absichtserklärungen ausräumen kann. Ihnen kann man nur beikommen, wenn man *auf ein bestimmtes Ziel gerichtete, logisch zusammenhängende Aktionen* unternimmt. Von dieser grundsätzlichen Überlegung habe ich mich beim Schreiben des Berichts, der nunmehr vor Ihnen liegt, leiten lassen.

Ich beschreibe darin die Europäische Union nicht als die Endphase der Einigung Europas, sondern als eine unerläßliche neue Phase, in der die Beziehungen der Neun untereinander einen *qualitativen Wandel* durchmachen. Dies bedingt

— für die *Gemeinschaft* eine Konsolidierung und Vertiefung;

— für die *Mitgliedstaaten* zusätzliche Verpflichtungen hinsichtlich der Zielsetzung, der sofort möglichen konkreten Fortschritte, der Stärkung der Institutionen als Garanten eines stetigen Fortschreitens in Richtung auf das gemeinsam bestimmte Ziel.

Dieses Bündel von Verpflichtungen ist der Wandel, der für die Europäische Union kennzeichnend ist und sie von der jetzigen Phase der europäischen Einigung unterscheidet.

Ich schlage daher vor, daß sich der Europäische Rat als erste Aufgabe *die Bestimmung der mit der Europäischen Union zu erreichenden Ziele* setzt, wobei er sich von dem leiten lassen muß, was unsere Völker im Grunde bewegt. Die europäische Öffentlichkeit muß wissen, in welcher Perspektive sich unser Einigungswille darstellt, und sie muß dem auch beipflichten.

Sodann habe ich mich mit den *Außenbeziehungen* befaßt, weil ich bei meinen Gesprächen bemerkt habe, wie sehr wir alle über das abnehmende Gewicht unserer Länder in den großen Debatten dieser Welt und über die zunehmende Verwundbarkeit unserer Lebensweise betroffen sind. Ich mache Vorschläge, die es Europa ermöglichen sollen, seine Politik auf den verschiedenen Gebieten der Außenpolitik, wozu auch die Sicherheitspolitik gehört, solidarischer festzulegen, damit seine Stimme besser zu hören ist. Auch müssen die Neun aus dem Stadium der Koordination herauskommen und sich verpflichten, gemeinsame Auffassungen zu erarbeiten.

Eine echte Außenpolitik ist nicht möglich, wenn sich die Europäische Union im Innern nicht auf eine gemeinsame Politik stützen kann. Ich mußte also in meinem Bericht auch Wirtschafts- und Währungsfragen ansprechen. Natürlich gehört zur Europäischen Union über kurz oder lang eine gemeinsame Wirtschafts- und Währungspolitik. Von allen Themen, die während meiner Gespräche behandelt wurden, war dies allerdings ganz gewiß das heikelste und schwierigste. Ich schlage hier dem Europäischen Rat ein neuartiges gemeinschaftliches Vorgehen vor, das zwar unvollkommen ist, aber den Vorzug besitzt, daß versucht wird, aus unseren gegenwärtigen Fehlschlägen herauszukommen, die uns in letzter Zeit sogar zurückgeworfen haben. Die Untätigkeit auf einem so grundlegenden Gebiet gefährdet die Festigkeit unseres europäischen Gebäudes; das gemeinschaftlich Erreichte steht auf dem Spiel.

Die Europäische Union wäre jedoch unvollständig, würde sie nicht im Wirtschafts- und Sozialbereich ein Konzept für eine postindustrielle Gesellschaft vorschlagen, die die Grundwerte unserer Gesellschaft respektiert und die Rechte des einzelnen mit denen der Gesamtheit in Einklang bringt. Ich habe also auch hierzu Vorschläge unterbreitet.

Die Europäische Union kann nicht nur Sache der Staaten oder der Regierungen sein, auch dem europäischen Bürger muß sie sich darstellen. Deshalb habe ich Vorschläge gemacht, die auch die Bürger Europas unmittelbar vom Wandel in den Beziehungen der Staaten untereinander profitieren lassen.

Die Europäische Union wird also in einem kontinuierlichen Prozeß erreicht; sollen die dargestellten Fortschritte erzielt werden, so erfordert dies stärkere und leistungsfähigere gemeinsame Organe. Aus den jüngsten Grundsatzentscheidungen — Direktwahl des Europäischen Parlaments und Einrichtung des Europäischen Rates — müssen alle Konsequenzen gezogen werden. Der Bericht enthält ferner Vorschläge, mit denen ein besseres Funktionieren des Rates gewährleistet werden soll, die es ferner gestatten sollen, daß die Kommission einen größeren Beitrag zum gemeinsamen Werk leistet, und die schließlich für die unerläßliche Übertragung von Ausführungsbefugnissen sorgen.

Ich hätte auch, ohne den Rahmen meines Auftrags zu verlassen, einen ganz anderen Bericht erstellen können; ich hätte die juristischen Formen betonen, das von mir bevorzugte Verfassungsschema für das Europa der Zukunft skizzieren oder auch nur eine bloße Zusammenfassung aller mir bekannt gewordenen Vorschläge geben können. Dafür habe ich mich nicht entschieden, denn ich bin überzeugt, daß Europa den föderalistischen Weg, den ich für den richtigen halte, nicht einschlagen kann, wenn wir nicht in allernächster Zeit das bereits Erreichte vor der Bedrohung retten, und wenn wir uns nicht konkret verpflichten, in den wesentlichen Bereichen diesen qualitativen Wandel in unseren Beziehungen herbeizuführen, der für den irreversiblen Fortschritt auf dem Weg zur Union unerläßlich ist.

Ich hatte einen politischen Auftrag; mein politischer Bericht verfolgt zwei Ziele:

— Eine Gesamtschau zu vermitteln, die im Lauf der nächsten Jahre als Rahmen für eine europäische Aktion in den Mitgliedsländern dienen kann;

— gleichzeitig eine Reihe konkreter Schritte aufzuzeigen, die gleichzeitig in die verschiedenen, in der Gesamtschau angegebenen Richtungen gehen müssen.

Abschließend möchte ich auf einen wesentlichen Punkt hinweisen, nämlich die Glaubwürdigkeit unseres Unterfangens. Ich habe bereits gesagt, daß mich die Sorge um diese Glaubwürdigkeit veranlaßt hat, heute einen politischen Bericht vorzulegen, der auf wesentliche konkrete Fortschritte in einer Gesamtperspektive ausgerichtet ist, anstatt eine neue juristische Konstruktion vorzuschlagen oder Wahlmöglichkeiten aufzuzählen. Ich bin nämlich der Meinung, daß Europa im Innern wie nach außen an Glaubwürdigkeit gewinnen muß, daß es stets in den wesentlichen weltbewegenden Problemen mit einer einzigen Stimme sprechen muß, daß es die zentralen Probleme in Wirtschaft und Währung nicht außer acht lassen darf, daß es ein neues Gesellschaftsmodell sollte vorschlagen können, daß es bürgernah sein muß und daß es seine Handlungsfähigkeit, das heißt seine Organe, verstärken muß. Diese Glaubwürdigkeit hängt aber nicht nur von den Regierungen ab; sie hängt auch von der Öffentlichkeit ab. Sollte dieser Bericht in Europa zu einer Generaldebatte führen über die Motivation des europäischen Einigungswerks und über die Konsequenzen der politischen Entscheidung, die einige Staaten vor 20 Jahren, andere erst kürzlich getroffen haben, dann, so meine ich, war mein Bericht nicht völlig vergebens, denn dann hat er dazu beigetragen, die Entscheidung vorzubereiten, die getroffen werden muß, wenn Europa eine Zukunft haben will.